

Papstbesuch Atheisten und Freidenker hinterfragen Kosten und Rolle des Großherzogs



Der Besuch von Papst Franziskus löst Kritik aus Foto: Achmad Ibrahim/POOL AP/AP/dpa

Der Besuch von Papst Franziskus in Luxemburg stößt auf Kritik: Atheisten

und Freidenker hinterfragen die Kosten und die Rolle des Großherzogs bei der Einladung.

Am Donnerstag ist es so weit: Papst Franziskus, das Oberhaupt der katholischen Kirche, kommt nach Luxemburg. Doch nicht alle fiebern dem Besuch des Pontifex mit Freude entgegen. In der Gemeinschaft der Luxemburger Atheisten, Humanisten und Freidenker löst er laut einer Pressemitteilung von AHA Luxemburg und Liberté de conscience „große Besorgnis“ aus.

So sei Papst Franziskus Presseberichten zufolge auf persönliche Initiative des Staatsoberhauptes Großherzog Henri eingeladen worden. Die Pressemitteilung erinnert daran, dass dieser sich 2008 „aus Gründen seines privaten Glaubens“ weigerte, das Euthanasiegesetz zu unterzeichnen und damit fast „eine politische Krise“ ausgelöst hatte. Es stelle sich also die Frage, ob die durch den Papstbesuch entstandenen Kosten nicht den persönlichen Ausgaben des Großherzogs zugerechnet werden sollten.

In einem säkularen Staat müsse die Verwendung öffentlicher Gelder für religiöse Zwecke „sorgfältig geprüft“ werden. „Daher fordern wir volle Transparenz über die Verwendung der staatlichen Mittel für diesen Besuch und verlangen von der Regierung, dass sie erklärt, ob und in welchem Umfang Steuergelder verwendet werden“, heißt es im Schreiben.

Großherzog soll neutrale Position einnehmen

Überhaupt solle der Großherzog bei der Ausübung seiner repräsentativen Funktionen für Luxemburg eine neutrale Position einnehmen. Denn: Bei einer Umfrage hätten mehr als die Hälfte der in Luxemburg ansässigen Teilnehmer angegeben, nicht religiös zu sein. Damit spiegele die Einladung des Großherzogs an den Papst nicht die Werte und Überzeugungen der Mehrheit der Bevölkerung Luxemburgs wider.

Zudem sei es „unehrlich“ zu behaupten, dass es sich beim Papstbesuch um den Besuch eines Staatsoberhauptes handelt. Der Vatikan sei gemäß dem Abkommen von Montevideo aus dem Jahr 1933 kein Staat im eigentlichen Sinne, sondern „nur der territoriale Träger eines einfachen religiösen Glaubens, dessen Vertreter der Papst ist“. Dadurch, dass der Papst Premierminister Luc Frieden ein Treffen „gewährt“ habe, habe er diesen in eine untergeordnete Position gedrängt, „die für einen Vertreter einer säkularen souveränen Nation weder angemessen noch würdig ist“.